

Politiker diskutieren mit Böblinger Schülern **Ein Wettstreit unter Gleichgesinnten**

Von [Marc Schieferecke](#) 18. Mai 2017 - 08:17 Uhr

Im Kaufmännischen Schulzentrum in Böblingen stellten sich Politiker von sechs Parteien den Fragen der Jugendlichen. Gemessen an dieser Runde wird der Bundestagswahlkampf ein harmonischer Wettkampf.



Die Runde vor Schülern offenbarte das Kernproblem eines Sechs-Parteien-Parlaments: Diskussionen sind langwierig. Foto: factum/Granville

Böblingen - Die Bundestagswahl im September wirft Schatten voraus, in diesem Fall nach Böblingen. Von links nach rechts sitzen, aus Zuschauersicht, Marc Biadacz, Jasmina Hostert, Gökay Akbulut, Tobias Bacherle, Hans Dieter Scheerer und Martin Hess am Tisch im Kaufmännischen Schulzentrum. Sie sind gekommen, um mit Schülern zu diskutieren, im Namen der CDU, SPD, Linken, Grünen, FDP und AfD – wieder von links nach rechts.

Dass es der AfD-Mann Hess schwer haben würde in dieser Runde, offenbarte sich schon zu Beginn. Der Schülersprecher Baran Küçük sagte, die Schule sei stolz auf ihre Vielfalt. „Ich bin ein Kind dreier Nationen“, sagte der Vertrauenslehrer Isaac Gonzalez. Es blieben nicht die einzigen Spitzen zur AfD. Um die Antworten von Hess vorwegzunehmen: „Wo es ein Problem gibt, kümmert sich die Partei darum“, sagte er und verwies auf Ausschlussverfahren. Die AfD habe in ihrer Gesamtheit nichts gegen Zuwanderer, sofern sie sich an Regeln und Gesetze hielten. An Aussagen einzelner Mitglieder dürfe nicht die Partei insgesamt gemessen werden.

Politischer Widerstreit wird unmöglich

Zunächst offenbarte die Runde das Kernproblem eines Sechs-Parteien-Parlaments: Diskussionen sind langwierig, sogar, wenn die Beteiligten nur anderthalb Minuten Zeit haben

zu antworten. Dies war eine der Vorgaben, und die Politiker hielten sich daran. Unter dieser Voraussetzung sind Themen nicht in ihrer tatsächlichen Tiefe auszuloten. Ein politischer Widerstreit wird unmöglich.

So war die Debatte eher eine Runde unter der Schlagzeile: Schüler fragen, Politiker antworten. Zumindest gemessen am Beifall gilt das Hauptinteresse der jungen Wähler der Legalisierung des Cannabis-Konsums. Applaus erhielten die SPD, die Linken, Grünen und die FDP, die sich allesamt dafür aussprechen, dass Cannabis legalisiert werden sollte. Die AfD ist gegen die Legalisierung. Der Christdemokrat Biadacz hält sie ebenfalls für falsch. Er habe zu oft gesehen, wie der Konsum bei Freunden außer Kontrolle geraten sei, sagte er. Ob die von der politischen Mehrheit angepeilte Gesetzesänderung in einem Vertrag gleich welcher künftigen Koalition niedergeschrieben wird, bleibt abzuwarten.

Die meisten Fragen wurden mit einer Zweidrittelmehrheit beantwortet

Völlige Einigkeit herrschte bei der Frage nach einer vollwertigen Ehe für Homosexuelle. Jeder Mensch dürfe frei entscheiden, wen er liebe. Dies war der meistgesprochene Satz zum Thema. Erwartungsgemäß merkte Hess an, dass die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel homosexuell sei. Ungeachtet dessen halte seine Partei „am Leitbild der Familie mit Vater, Mutter, Kind“ fest, schlicht der Fortpflanzung wegen. Wenn homosexuelle Paare gleichgestellt werden, „gibt es trotzdem weiterhin Kinder, deswegen werden nicht alle schwul oder lesbisch“, erwiderte die Sozialdemokratin Hostert. Der Liberale Scheerer ließ wissen, dass „ich beim Wort Leitbild eine Gänsehaut bekomme.“

Gemessen an dieser Runde wird der Bundestagswahlkampf ein harmonischer Wettkampf unter weitgehend Gleichgesinnten. Die meisten Fragen wurden mit einer Zweidrittelmehrheit beantwortet. Wenn überhaupt, eckte allein Hess bei der politischen Konkurrenz an. Einzig bei der Frage nach Inlandseinsätzen der Bundeswehr vertrat Akbulut eine Einzelmeinung. Weil Die Linke sich als Partei des Friedens versteht, hält sie schon Auslandseinsätze deutscher Soldaten für verwerflich.

Herabsetzung des Wahlalters

Sofern die Diskussion überhaupt eine Idee davon gab, welche Themen speziell junge Wähler interessieren, dann diese: dieselben wie alte. Hostert bekam Gelegenheit zu beteuern, dass sie trotz der SPD-Wahlniederlagen glaube, dass Martin Schulz Bundeskanzlerin Angela Merkel ablösen werde. Nach der Vorratsdatenspeicherung fragte der Nachwuchs genauso wie nach der Finanzierung der Rente oder dem Feinstaub in Stuttgart. Zu Letzterem bekannte bemerkenswerterweise sogar der Grüne Bacherle, dass von Fahrverboten für ältere Diesel so gut wie keine Verbesserung der Luftqualität zu erwarten sei.

Als jugendspezifisches Thema ließ sich allenfalls die Herabsetzung des Wahlalters identifizieren. In dieser Hinsicht nahmen die Schüler eine für sie erfreuliche Botschaft mit. Alle Parteivertreter sprachen sich dafür aus, dass künftig grundsätzlich schon 16-Jährige wählen dürfen.

Quelle: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.politiker-diskutieren-mit-boeblinger-schuelern-ein-wettstreit-unter-gleichgesinnten.92092df2-dcc1-45e4-9be5-fb24bbf39d4e.html>